

Backward Linkages → Verkettungseffekte.

Backwash-Effekt – zentriergerichteter Vorgang, bei dem periphere oder ländliche Räume zugunsten der Zentren Ressourcen abgeben. Backwash-Effekte können sich im Rahmen einer globalen, wie einer staatlichen oder regionalen Betrachtung einstellen. – Vgl. auch → Kontereffekt, Entzugseffekt.

Badwill – 1. *Begriff: negativer Geschäfts- oder Firmenwert*; entsteht im Rahmen der → Kapitalkonsolidierung, wenn bei einem Unternehmenszusammenschluss der Kaufpreis für die Beteiligung unter dem Wert des anteiligen Eigenkapitals liegt. Ein Badwill ist entweder mit negativen künftigen Ertragsaussichten zu erklären oder als „Lucky Buy“, also günstiger Kauf, zu interpretieren. – 2. *Regelungen nach HGB*: Gemäß § 301 III HGB ist er auf der Passivseite als „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ nach dem Eigenkapital auszuweisen. Er darf nach § 309 II HGB nur in zwei Fällen ergebniswirksam aufgelöst werden, nämlich wenn (1) die beim Kauf erwartete ungünstige Ertragsentwicklung eingetreten ist oder (2) am Abschlussstichtag feststeht, dass er einem realisierten Gewinn entspricht. – 3. *Regelungen nach IFRS*: Gemäß IFRS 3.34–36 ist ein nach einer vorgeschriebenen Überprüfung der durchgeführten Kaufpreisverteilung hervorgehender negativer Geschäfts- oder Firmenwert als Ertrag zu realisieren.

BAFA – Abk. für *Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle*.

Baker-Plan – vom Finanzminister der USA J. Baker auf der Weltwährungskonferenz im Oktober 1985 in Seoul vorgeschlagenes Lösungsmodell für die internationale Schuldenkrise (→ Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer). Durch Strukturreformen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien sollten die Entwicklungsländer aus der Schuldenkrise

herauswachsen, wozu zusätzliche öffentliche und private Kredite geplant waren. Nachfolge des Baker-Plans war die → Brady-Initiative.

Balanced Growth → ausgewogenes Wachstum.

Balance Sheet – engl. für *Bilanz*.

I. *Aufbau*: 1. Die *Aktivseite* wird mit *Assets* (Anlage- und Umlaufvermögen) bezeichnet, die *Passivseite* mit *Liabilities and Shareholders Equity* (Verbindlichkeiten und Eigenkapital). Im Gegensatz zur englischen Bilanz (Passiva links, Aktiva rechts) ist die amerikanische Bilanz wie die deutsche aufgebaut. – 2. *Gliederung*: a) *Assets* (Aktiva): *Current Assets* (Umlaufvermögen), *Long-term Investments* (Wertpapiere des Anlagevermögens), *Tangible Fixed Assets* (materielle Werte des Anlagevermögens), *Intangible Fixed Assets* (immaterielle Werte des Anlagevermögens), *Deferred Charges* (aktive Rechnungsabgrenzungs-Posten, soweit sie nicht Forderungscharakter besitzen). – b) *Liabilities and Shareholders' Equity* (Passiva): *Current Liabilities* (kurzfristige Verbindlichkeiten), *Long-term Debt* (langfristige Verbindlichkeiten), *Shareholders' Equity* (Eigenkapital), *Earnings Retained in the Business* (Gewinnvortrag).

II. *Bilanz-Vorschriften*: → US-GAAP.

III. *Bilanztheorien*: Bilanztheorien wie in der Bundesrepublik Deutschland gibt es in den USA nicht. Die in den dt. Bilanztheorien behandelten Probleme werden nicht in systematischer Weise, sondern fallbezogen gelöst. Die investitionsorientierte Information und damit die periodengerechte Erfolgsermittlung stehen im Vordergrund der Bilanzierung (dynamische Auffassung). Daneben sollen aus der Bilanz *finanzwirtschaftliche* Schlüsse zu ziehen sein (→ Working Capital); die Aussagefähigkeit der Bilanz über die Liquidität soll

v.a. durch Aufstellung und Veröffentlichung von → Kapitalflussrechnungen verbessert werden.

Bamako-Initiative – 1987 erfolgte Initiative der → WHO und der UNICEF für eine Beteiligung der Bevölkerung an der Finanzierung von Gesundheitsleistungen in der Dritten Welt. – Vgl. auch → Basis-Gesundheitsdienst.

Bandbreite – 1. *Devisengeschäft*: i.d.R. im Zusammenhang mit flexiblen (managed floating; begrenzt flexiblen) → Wechselkursen verwendeter Begriff, z.B. im früheren *Europäischen Währungssystem* – dem heutigen → EWS II, an dem alle Länder mit Ausnahme genehmigung mind. zwei Jahre vor der Prüfung teilzunehmen haben (vgl. Stabilitäts- und Konvergenzkriterien von Maastricht). Die Bandbreite bezeichnet die zulässige Abweichung der Devisenkassakurse (Marktkurse) von einem vertraglich vereinbarten Leitkurs. Bei drohender Überschreitung der Bandbreite sind die beteiligten Notenbanken zu Interventionen verpflichtet (→ Interventionspflicht). – Vgl. auch → Zielzonen-System. – 2. *Informatik*: max. Datenübermittlungsrate zwischen Teilen eines Computernetzwerkes gemessen in „Bits per Second“ (bps).

Bandenschmuggel – Es handelt sich um ein Zoll- und Steuerdelikt (§ 373 II Nr. 3 AO). Bandenschmuggel begeht, wer als Mitglied einer Bande (mind. zwei Personen), die sich zur fortgesetzten Begehung der Hinterziehung von → Einfuhrabgaben oder → Ausfuhrabgaben oder des Bannbruchs verbunden hat, zusammen mit einem anderen Bandenmitglied die Tat ausführt. – *Strafe*: Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren.

Bank for International Settlement (BIS) → BIZ.

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich → BIZ.

Bank Identifier Code → BIC.

Bartergeschäft → Kompensationshandel.

Basis-Gesundheitsdienst – *Primary Health Care*; grundbedürfnisorientierter Ansatz nach den Prinzipien der Ursachen- und Zielgruppenorientierung, Partizipation, Eigenverantwortung und Dezentralisierung im Gesundheitssystem, der 1978 in Alma Ata initiiert wurde. Vorgesehen ist die Vorbeugung und Bekämpfung örtlich anzutreffender Gesundheitsprobleme durch die Sicherstellung von Ernährung und Trinkwasserversorgung, sanitäre Anlagen, Impfstoffe, essenzielle Arzneimittel. Anfänglich wurden die Gesundheitsleistungen (z.B. Medikamente) kostenlos verteilt. Mit der → Bamako-Initiative wurde zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Gesundheitssysteme eine finanzielle Beteiligung der Bevölkerung an ihrer Finanzierung gefordert.

BCF – Abk. für *Brutto-Cashflow*. – Vgl. auch → Cashflow Return on Investment.

Befreiungsklausel → Schutzklausel.

Beggar-my-Neighbour-Politik – Begriff für „den Nachbarn ausplündern“ oder „den Nachbarn anbetteln“; Versuch eines Landes, Exportüberschüsse zu erzielen, um auf diese Weise im Inland Einkommen und Beschäftigung zu erhöhen (Exportmultiplikator). Da die Zunahme der Exporte eines Landes eine Zunahme der Importe für das Ausland darstellt, können sich durch diese Politik kontraktive Wirkungen für das Ausland (z.B. Arbeitslosigkeit) ergeben. – Vgl. auch → Importmultiplikator. – *Instrumente* der Beggar-my-Neighbour-Politik sind z.B. → Abwertung der heimischen Währung sowie sonstige Maßnahmen der → Einfuhrbeschränkung und der → Exportförderung.

Beistellung – I. Zollrecht: Zurverfügungstellen bestimmter Waren durch ausländische Auftraggeber beim Zollverfahren der → aktiven Veredelung, damit diese in die in Auftrag gegebene Ware eingebaut oder bei ihrer Herstellung mitverwendet werden (z.B. Lieferung von Reifen für Kraftfahrzeuge). – Beigestellte Waren werden als Einfuhrwaren in das Verfahren der aktiven Veredelung übergeführt

und bleiben *zollfrei*, wenn sie nach Einbau in die Veredelungserzeugnisse oder auch un bearbeitet wiederausgeführt werden. Bei umgekehrter Lieferung, etwa im Rahmen einer passiven Veredelung, kann beim Einbau von aus dem Zollgebiet der EU stammenden → Gemeinschaftswaren das Veredelungserzeugnis zollbegünstigt eingeführt werden. Stammen die Beistellungen dagegen aus Drittländern und sind als → Nichtgemeinschaftswaren dem Veredeler kostenlos zur Verfügung gestellt, müssen sie mit dem Veredelungserzeugnis verzollt werden.

II. Umsatzsteuer: 1. *Begriff*: Auch im UStG bezeichnet Beistellung die Zurverfügungstellung bestimmter Güter oder Dienstleistungen an denjenigen, der eine Leistung erbringt, durch den Auftraggeber. – 2. *Umsatzsteuerliche Behandlung*: Die Beistellung dieser Güter oder Dienstleistungen stellt keine Lieferung oder Leistung des Auftraggebers an den Unternehmer dar, der den Auftrag ausführt, weil dieser an den beigeestellten Waren oder Dienstleistungen keine Verfügungsmacht erlangt; ebenso stellt die Rückgabe der beigeestellten Waren durch den Auftraggeber später keine Leistung des Unternehmers dar, weil diese ja schon immer dem Auftraggeber gehört hatten. Der Umfang des Leistungsaustauschs, d.h. der Leistung, die der Unternehmer an seinen Auftraggeber erbringt, beschränkt sich also nur auf die Güter oder Arbeitsleistungen, die dieser den beigeestellten Waren oder Dienstleistungen hinzugefügt hat. – 3. *Umsatzsteuerliche Problematik*: Sobald ein Auftraggeber seinem Geschäftspartner Waren oder Dienstleistungen zur Verfügung stellt, die dieser nach eigenem Belieben einsetzen kann (also nicht nur zur Erledigung des Auftrages, sondern auch anderweitig), verschafft er dem Unternehmer daran Verfügungsmacht; dann liegt sehr wohl eine Lieferung oder Dienstleistung an den Unternehmer vor, und das gesamte Geschehen ist als tauschähnlicher Vorgang einzustufen (Erledigung eines umfangreichen Auftrages des Unternehmers; Zahlung durch den Auftraggeber

teils durch Barzahlung, teils durch Verschaffung von Gütern oder Dienstleistungen). Insofern ist bei Vorgängen mit Beistellung in der Praxis darauf zu achten, dass die Bedingungen für eine bloße Beistellung (= kein Übergang von Verfügungsmacht) eingehalten werden. – 4. *Formen*: Leistungsbeistellung, Materialbeistellung, Personalbeistellung.

Bereitschaftskreditabkommen – *Stand-by Arrangement*; Übereinkunft, in dem der → IWF einem seiner Mitglieder innerhalb eines festgelegten Zeitraums (meistens ein Jahr) in limitiertem Ausmaß → Ziehungsrechte zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten einräumt. Voraussetzung ist, dass das Mitglied in einer Absichtserklärung (Letter of Intent) die beabsichtigten wirtschafts- und währungspolitischen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Zahlungsbilanzausgleichs darlegt (→ Konditionalität). Der Zahlungsbilanzbedarf braucht bei Abschluss des Bereitschaftskreditabkommens noch nicht vorzuliegen; sobald er eintritt, kann der Kredit abgerufen werden.

Bertrand-Oligopol – bes. Modell nicht kooperativen oligopolistischen Verhaltens. Jeder Anbieter wählt unter der *Annahme* konstanter Preise für die Produkte aller Konkurrenten den für ihn optimalen Preis. Je höher die Preise der Konkurrenten, umso höher auch sein eigener Preis (*Reaktionsfunktion*). Bieten alle Konkurrenten ein homogenes Gut an, dann entsteht de facto vollständige Konkurrenz (*Preisnehmerschaft*). Die steigenden Reaktionsfunktionen widersprechen der seitens eines jeden Anbieters unterstellten Konstanz der Preise aller Konkurrenten. Es entsteht eine Art strategischen Irrtums, der bei einem internationalen Oligopol die Grundlage für *strategische Handelspolitik* (→ Handelspolitik) sein kann.

Berufsausrüstung – bestimmte Gegenstände, die in einer erläuternden Liste von der EU-Kommission zusammengestellt sind, können, wenn sie Personen außerhalb des EU-Zollgebietes gehören, abgabenfrei von

außerhalb der → EU ansässigen Personen zur vorübergehenden Verwendung abgefertigt und innerhalb von 24 Monaten wieder ausgeführt werden. Dazu gehören Ausrüstungsgegenstände für Presse, Funk und Fernsehen, kinematografische Ausrüstung, Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände von Ärzten, Archäologen, Artisten, Geschäftsleuten usw. Darüber hinaus können sowohl in der EU als auch in einer Reihe von Ländern, die dem Carnet-ATA-Abkommen beigetreten sind, Berufsausrüstungsgegenstände ohne weitere Sicherheitsleistungen nach Vorlage eines → Carnets ATA, ausgestellt im Verwendungsland, vorübergehend eingeführt werden. Beförderungsmittel fallen nicht unter den Begriff der Berufsausrüstung, sind aber als solche unter vergleichbaren Bedingungen im grenzüberschreitenden Verkehr ebenfalls abgabefrei.

Beschau → Zollbeschau.

Beschleunigungsklausel – Beschleunigungsklauseln ermöglichen in bestimmten Bereichen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen eine sog. Verstärkte Zusammenarbeit von mindestens neun EU-Mitgliedstaaten. Dies betrifft Fälle, in denen ein Gesetzgebungsakt wegen fehlender Mehrheiten oder wegen der Notbremse-Klausel scheitert. Dann können mindestens neun Mitgliedstaaten gleichwohl das Gesetzgebungsverfahren im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit fortsetzen und abschließen. Beschleunigungsklauseln sind vorgesehen für 1. die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen nach Art. 82 AEUV, 2. die Festlegung gemeinsamer Strafvorschriften nach Art. 83 AEUV, 3. die Einsetzung einer Europäischen Staatsanwaltschaft nach Art. 86 AEUV und 4. die polizeiliche Zusammenarbeit nach Art. 87 AEUV.

Beschränkungsverbot – EU-rechtliches Verbot, die Ausübung eines bestimmten Gemeinschaftsrechts (→ Grundfreiheiten) durch nationale Vorschriften unangemessen zu behindern. Seine Einhaltung unterliegt der Kontrolle durch den Europäischen

Gerichtshof, der ungerechtfertigte Beeinträchtigungen durch nationale Vorschriften ggf. für unanwendbar erklären kann. Ein Beschränkungsverbot engt den nationalen Gesetzgebungsspielraum ein, hebt ihn – im Gegensatz zur Harmonisierung durch EG-Richtlinien – nicht völlig auf. Wirkt grundsätzlich als Grundrecht gegenüber allen Gebieten des nationalen Rechts (daher auch Begriff „allgemeines Beschränkungsverbot“).

Besichtigung – 1. Maßnahme im Rahmen der *Öffentlichkeitsarbeit* eines Unternehmens: Betriebsbesichtigung. – 2. *Zollrechtliche Maßnahme*: Durchsuchung, Überholung, → Zollbeschau.

besonderes Gesetzgebungsverfahren – Bezeichnung für ein bestimmtes Verfahren der → EU-Gesetzgebung.

Bestimmungslandprinzip – 1. *Begriff*: Besteuerungsprinzip i.S.d. Umsatzsteuerrechts ist die Besteuerung einer Ware oder Lieferung mit der Umsatzsteuer des Bestimmungslandes. In Deutschland kommt das Bestimmungslandprinzip zur Anwendung, wenn die Lieferungen zwischen den Unternehmen der EU erfolgen. Es soll erreicht werden, dass im internationalen Wettbewerb die Steuern ihre Bedeutung als Kosten- und Preisbestandteile verlieren. – *Gegensatz*: → Ursprungslandprinzip, Herkunftslandprinzip. – 2. Bei der Umsatzsteuer wird in den EU-Mitgliedsstaaten bisher weitgehend am Bestimmungslandprinzip festgehalten – → Ausfuhrlieferungen, Einfuhrumsatzsteuer (EUST).

Beteiligung – 1. *Charakterisierung*: 1. *Begriff*: Mitgliedschaftsrecht, das durch Kapitaleinlage (Geld- oder Sacheinlage) bei einer Gesellschaft erworben wird. – Vgl. auch *Beteiligungsfinanzierung*. – 2. *Formen*: a) *Beteiligung eines Einzelnen*: (1) Beteiligung ohne Gesellschaftscharakter, juristisch nach allg. Rechtsnormen zu beurteilen: partiarische Darlehen. (2) Beteiligung mit Gesellschaftscharakter aufgrund von bes. Gesetzesnormen (insbesondere: BGB, HGB, AktG, GmbHG, GenG, PartnerschG);

Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften. – b) *Beteiligung einer Unternehmung*: Ganze Unternehmungen sind zu einem über der einzelnen Unternehmung stehenden Organismus vereinigt: (1) Beteiligung mit dem Ziel gegenseitiger wirtschaftlicher Förderung (Interessengemeinschaften). (2) Beteiligung zwecks Beherrschung: (a) einfache *Beteiligung* einer Unternehmung an einer anderen (z.B. Tochtergesellschaften); (b) Verflechtung mehrerer Unternehmungen (→ Konzerne). – Beherrschung bei der AG in drei *Stufen*: (1) Sperrminorität: über 25 Prozent der Stimmen (Verhindern von Hauptversammlungs-Beschlüssen, die eine 3/4-Mehrheit erfordern); (2) Majorität: über 50 Prozent (absolute Mehrheit); (3) völlige Beherrschung: 75 Prozent (Durchsetzung praktisch aller Beschlüsse der Hauptversammlung).

II. Handelsrecht: 1. *Partiarische Darlehen* werden unter Darlehen aufgeführt, die Einlage des *Stillen Gesellschafters* geht in das Vermögen des Geschäftsinhabers ein (§ 230 HGB). – 2. Beteiligung als Gesellschafter einer *Personen- oder Kapitalgesellschaft* wird als Eigen-, Stamm- oder Grundkapital ausgewiesen. – 3. *Handelsrechtlich* sind bei Kapitalgesellschaften Beteiligungen nur solche Anteile an anderen Unternehmen, die dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu dienen bestimmt sind; Einzelheiten in § 271 I HGB.

III. Steuerrecht: Als Beteiligung gilt der Besitz von Gesellschafts-, Bohr- und Genossenschaftsanteilen, Aktien, Einlagen etc. Als *wesentliche Beteiligung* gilt ein Anteil von mehr als 1 Prozent am Kapital einer Kapitalgesellschaft (§ 17 I EStG; ursprünglich nur 25 Prozent, dann ab 1999 10 Prozent). – 1. a) *Beteiligung an Kapitalgesellschaften* haben allg. das Problem der → Doppelbesteuerung, was dazu führt, dass in zahlreichen Staaten für Beteiligungen bes. Bestimmungen gelten, die eine vom Rest des Kapitals und der Kapitalerträge abweichende Behandlung vorsehen. – Vgl. auch → Schachtelprivileg. – b)

Beteiligungen an Personengesellschaften werden nach dt. Steuerrecht nicht als selbstständige Wirtschaftsgüter betrachtet, sodass es hier i.d.R. keine doppelte Erfassung auf zwei Ebenen geben kann. – 2. *Einkommen- und Körperschaftsteuer*: a) Erträge aus Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft unterlagen bisher zur Vermeidung der Doppelbelastung dem Halbeinkünfteverfahren. Ab dem Veranlagungszeitraum 2009 kommt jedoch bei Ausschüttungen und bei Veräußerungen von Beteiligungen im Betriebsvermögen sowie bei wesentlichen Beteiligungen im Privatvermögen anstelle des Halbeinkünfteverfahrens das Teileinkünfteverfahren zur Anwendung. Damit wird der steuerfreie Teil von 50 Prozent auf 40 Prozent abgesenkt. Analog hierzu sind Verluste in Höhe von 60 Prozent statt bisher in Höhe von 50 Prozent zu berücksichtigen. Dividenden aus Beteiligungen im Privatvermögen unterliegen als Einkünfte aus Kapitalvermögen ab 2009 grundsätzlich der Abgeltungsteuer (25 Prozent). Sonderregelungen sind im Rahmen der privaten Veräußerungsgeschäfte zu berücksichtigen. – b) Erträge aus Beteiligung an einer Personengesellschaft werden bei dieser gesondert festgestellt und anschließend bei der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer den Einkünften der betreffenden Gesellschafter zugerechnet. – 3. *Gewerbsteuer*: Objekt der Gewerbesteuer ist idealtypisch der Ertrag des Betriebes: a) Für Erträge des Gewerbebetriebs aus *Beteiligungen an Kapitalgesellschaften* ist eine traditionelle Mindestbeteiligungsquote von 10 Prozent (ab dem Erhebungszeitraum 2008: 15 Prozent) nötig. Beträgt die Beteiligung 10 Prozent (ab dem Erhebungszeitraum 2008: 15 Prozent) und mehr, so werden die Gewinnanteile im Betrieb des Eigentümers der Beteiligung vollständig steuerbefreit; beträgt sie dagegen weniger als 10 Prozent (bzw. 15 Prozent), so wird der Ertrag aus der Beteiligung vollständig steuerpflichtig. – b) *Gewinnanteile eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung* können einkommensteuerlich unter bestimmten Umständen Betriebsausgabe des

Betriebsinhabers sein, gehören aber zur Ertragskraft des gewerblichen Betriebs. Ab dem Erhebungszeitraum 2008 wird der Gewinnanteil in Höhe von 25 Prozent hinzugerechnet. – 4. *Grunderwerbsteuer*: Wer eine Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft direkt oder indirekt auf eine Quote von 95 Prozent oder mehr aufstockt, hat für sämtliche Grundstücke dieser Gesellschaft Grunderwerbsteuer zu entrichten (§ 1 III GrEStG). – 5. *Sonstiges*: Wer eine Beteiligung an einer ausländischen Personengesellschaft erwirbt, aufgibt oder (z.B. in Hinblick auf seine Beteiligungsquote) verändert, hat dies den Finanzbehörden anzuzeigen (§ 138 II Nr.2 AO). Ebenso ist der Erwerb einer Beteiligung an einer beschränkt steuerpflichtigen juristischen Person ab einer Beteiligungsquote meldepflichtig, wenn die erreichte Beteiligung insgesamt Anschaffungskosten von mehr als 150.000 Euro hat oder die Beteiligungsquote unmittelbar 10 Prozent oder mittelbar 25 Prozent erreicht (§ 138 II Nr. 3 AO).

Betriebsstättenprinzip – 1. *Begriff*: Der Grundsatz, dass Gewinne eines internationalen Unternehmens aus Tätigkeiten, die mit einer Betriebsstätte in einem bestimmten Land zu tun haben, in dem Land dieser Betriebsstätte zu versteuern sind. Der Grundsatz betrifft nur die direkten Steuern. Das Betriebsstättenprinzip impliziert zwei wesentliche Punkte: (1) dass ein Staat die Gewinne, die ein ausländisches Unternehmen in dem Gebiet dieses Staates erwirtschaftet, normalerweise *nur* besteuert, wenn das Unternehmen hier eine Betriebsstätte unterhält; (2) dass ein Staat, wenn ein ausländisches Unternehmen eine Betriebsstätte in seinem Gebiet Land unterhält, für die Gewinne aus dieser Betriebsstätte aber auch regelmäßig einen Steueranspruch erheben wird. – 2. *Rechtsgrundlagen und Hintergründe*: Da die Staaten bei ihrer Steuergesetzgebung im Grundsatz souverän sind, ist kein Staat rechtlich zwingend an das Betriebsstättenprinzip gebunden. Es hat sich jedoch als zweckmäßig herausgestellt, da es den Sachzwängen

im internationalen Wirtschaftsverkehr optimal Rechnung trägt: a) Es wäre unpraktisch, von ausländischen Unternehmen zu verlangen, für den Gewinn aus einzelnen geschäftlichen Aktivitäten im Verkehr mit dem Inland die Erfüllung ertragsteuerlicher Verpflichtungen zu verlangen (z.B. für die Lieferung einzelner Waren vom Ausland aus ins Inland die Ermittlung eines steuerlichen Gewinns zu verlangen). – b) Andererseits kann sich aus wirtschaftspolitischen Gründen kein Staat leisten, feste Niederlassungen ausländischer Unternehmen in seinem Gebiet, die vor Ort in direkter Konkurrenz zu seinen heimatischen Unternehmen stehen, unbesteuert zu lassen, da die Unternehmen in ausländischer Hand sonst möglicherweise gravierende Wettbewerbsvorteile haben könnten. Das Betriebsstättenprinzip ist der gebotene Kompromiss zwischen diesen beiden Sachzwängen. Daher wird das Betriebsstättenprinzip auch regelmäßig in den → Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) als Grundsatz für die Behandlung der Unternehmensgewinne vereinbart (vgl. Art. 7 → OECD-Musterabkommen → zur Vermeidung der Doppelbesteuerung). – 3. *Einzelheiten*: a) *Umfang des Steueranspruchs*: Der Steueranspruch des Landes, in dem eine Betriebsstätte liegt, erstreckt sich regelmäßig nur auf die Gewinne, die mit der Tätigkeit dieser Betriebsstätte zu tun haben; liefert also z.B. zusätzlich auch das Stammhaus des Unternehmens vom Ausland aus Waren oder Dienstleistungen in das betreffende Land, so werden die Gewinne hieraus nach dem Betriebsstättenprinzip nicht im Land der Betriebsstätte besteuert, weil sie nichts mit der örtlichen Betriebsstätte zu tun haben. – b) *Relevanter Betriebsstättenbegriff*: Was als Betriebsstätte gilt, kann jedes Land in seiner eigenen Gesetzgebung typischerweise selbst festlegen (in Deutschland: § 12 AO). Lediglich in internationalen Verträgen, in denen es auf eine einheitliche Sichtweise zweier Vertragspartner ankommt (Doppelbesteuerungsabkommen), müssen sich die betroffenen Vertragspartner für die Anwendung

eine „1“ ist, handelt es sich um einen passiven SWIFT-Teilnehmer, wenn das 2. Zeichen eine „0“ ist, handelt es sich um einen Test-BIC, bbb = optionale 3-stellige Kennzeichnung („Branch-Code“) der Filiale oder Abteilung; Standard „XXX“ (alphanumerische Zeichen).

Big Push – Schlüsselbegriff der Strategie des → ausgewogenen Wachstums. Zur Erreichung eines selbsttragenden Wachstums ist ein kräftiger Investitionsimpuls notwendig, wobei gleichzeitig ein massiver Kapitaleinsatz in allen Sektoren erforderlich ist.

Bilanz – 1. Kennzeichnung: im Grundsatz der Abschluss des Rechnungswesens einer Unternehmung für einen bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag) in Form einer Gegenüberstellung von Vermögen und Kapital. Das Vermögen (Aktiva) zeigt die konkrete Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel, das Kapital (Passiva) die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und der Unternehmer (Eigenkapital als Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital, also als Restanspruch) an das Vermögen. Vermögen und Kapital stellen dieselbe Wertgesamtheit dar; dies kommt in der sog. Bilanzgleichung (Aktiva = Passiva) zum Ausdruck. I.d.R. ist nur eine rein rechnerische, also keine materielle Zuordnung zwischen einzelnen Vermögens- und Kapitalteilen möglich (goldene Bilanzregel). Bei der Erstellung von Bilanzen sind in Abhängigkeit vom Bilanzzweck (Bilanzierungsanlass) immer drei Aufgaben zu lösen: (1) inhaltliche Bestimmung von Vermögen und Kapital (Bilanzierung dem Grunde nach; Aktivierung, Passivierung); (2) Bewertung von Vermögen und Fremdkapital (Bilanzierung der Höhe nach); (3) Gliederung (Ausweis) von Vermögen und Kapital (Bilanz wird üblicherweise in der Form eines Kontos aufgestellt; Soll = Aktiva, Haben = Passiva); Bilanzgliederung.

II. Bilanzarten: wesentliche Merkmale zur Unterscheidung von Bilanzen: 1. *Bilanzierungsanlässe*: a) *Regelbilanzen* (regelmäßig auftretend): z.B. handelsrechtliche *Jahresbilanz* (Jahresabschluss), *Steuersbilanz*. – b)

Sonderbilanzen (unregelmäßig, meist nur einmalig auftretend): z.B. Gründungsbilanz, Umwandlungsbilanz, Sanierungsbilanz, Auseinandersetzungsbilanz, Abwicklungsbilanz, Insolvenzstatus, Überschuldungsbilanz, Unterbilanz, Kreditstatus (Status). – 2. *Bilanzierungszeitraum*: a) *Totalbilanzen* (Stichtag = Ende der Lebensdauer): Aus der Gegenüberstellung mit der Gründungsbilanz lässt sich grundsätzlich das Totalergebnis einer Unternehmung ermitteln. – b) *Partialbilanzen* (Stichtag = Zeitpunkt während der Lebensdauer): Aus der Gegenüberstellung von aufeinander folgenden Partialbilanzen ergeben sich Periodenerfolge. – *Beispiel*: Jahresbilanz (Stichtag = letzter Tag des Geschäftsjahres) oder Zwischenbilanz, die täglich, wöchentlich (z.B. Bankausweise der Deutschen Bundesbank), monatlich oder quartalsweise aufgestellt wird und i.d.R. der kurzfristigen Erfolgsrechnung dient. – 3. *Zeitliche Bilanzdimension*: a) *Istbilanzen* (vergangener, gegenwärtiger Stichtag): Bilanzen sind aufgrund der Bilanzanlässe ganz überwiegend Istbilanzen. – b) *Planbilanzen* (zukünftiger Stichtag): z.B. Jahres- oder Zwischenbilanzen, wenn diese als Planungs- und Entscheidungsinstrument benutzt werden. – 4. *Umfang des bilanzierten Vermögens*: a) *Gesamtvermögensbilanzen*: Einschluss des Firmenwertes z.B. bei Auseinandersetzungsbilanzen möglich. – b) *Teilvermögensbilanzen*: ohne Firmenwert, z.B. Umwandlungsbilanz bei Buchwertverknüpfung. – 5. *Empfängerkreis*: a) *Interne Bilanzen*: für den Bilanzierenden z.B. als Planungs- oder Kontrollinstrument. – b) *Externe Bilanz*: für Außenstehende (z.B. Finanzamt, Aktionäre, Gläubiger), z.B. als Informations- oder Rechenschaftsinstrument, ferner als Basis für Abrechnungen (z.B. Gewinnausschüttung, Einkommensbesteuerung). – 6. *Rechtsgrund*: a) *Gesetzlich vorgeschriebene Bilanzen*: z.B. handels- und steuerrechtliche Jahresbilanz, aktienrechtliche Sonderbilanzen (z.B. Abwicklungs- und Gründungsbilanz). – b) *Vertragliche Bilanzen*: z.B. Kreditstatus aufgrund eines Kreditvertrages. – c) *Freiwillig erstellte*

Bilanzen: z.B. interne Planbilanzen. – 7. *Rechnungsgrundlagen:* a) *Inventurbilanz:* Die zu erstellende Bilanz baut auf einer körperlichen Bestandsaufnahme auf, z.B. grundsätzlich bei der handelsrechtlichen Jahresbilanz. – b) *Buchbilanz:* Die Bilanz wird aus dem Abschluss der Geschäftsbücher entwickelt, z.B. bei täglichen Zwischenbilanzen. – 8. *Zahl der erfassten Unternehmen:* a) *Einzelbilanz:* z.B. handelsrechtliche Jahresbilanz. – b) *Summenbilanz:* additive Zusammenfassung von Einzelbilanzen (Betriebsvergleich). – c) *Konzernbilanz:* Zusammenfassung der Einzelbilanzen grundsätzlich aller zu einem → Konzern gehörenden Unternehmen zum → Konzernabschluss. – Die dargestellten Bilanzarten überschneiden sich vielfach.

III. Geschichtlicher Überblick: 1. Während Handelsbücher bereits im Altertum geführt wurden, hat sich eine *einfache moderne Buchführung* wahrscheinlich erst im 14./15. Jh. entwickelt. Bilanzen wurden aber auch zu dieser Zeit nur vereinzelt aufgestellt, und zwar zunächst nur, um die Salden vollgeschriebener Bücher auf die nächsten übertragen zu können, ohne dass eine Inventur stattfand. – 2. Mit der *doppelten Buchführung*, die Ende des 15. Jh. von Italien kommend in Deutschland bekannt wurde, finden sich auch die ersten Abschlüsse, allerdings nicht in regelmäßiger Zeitfolge und ohne dass einheitliche Abschlussregeln bekannt waren. – 3. Die ersten *gesetzlichen Abschlussvorschriften* enthalten einige städtische Partikularrechte (Nürnberg, Frankfurt a.M., Lüneburg im 16. Jh.) und die *ordonnance de commerce* (1673), die eine alle zwei Jahre durchzuführende Inventur vorschrieb, die alle Vermögensteile einschließlich der Forderungen und Schulden enthalten sollte. In Deutschland wurde aber noch bis zu Anfang des 19. Jh. ein Abschluss lediglich aus den Geschäftsbüchern entwickelt. – 4. Das zu dieser Zeit geltende allg. Landrecht für die preußischen Staaten stellte das Unterlassen der jährlichen „Balanzeziehung“ unter Strafandrohung (fahrlässiger Bankrott). Erst mit der Entwicklung des

Handelsrechts in der Mitte des 19. Jh. wurden *Vorschriften über die Inventur und Bilanz* erlassen.

Bilanzanalyse – Bilanzkritik.

I. Begriff/Zweck: 1. *Begriff:* das Zerlegen und Aufgliedern des Jahresabschlusses bzw. Konzernabschlusses einschließlich des darauf aufbauenden Beurteilungsvorgangs der Lage und Entwicklung einer Unternehmung. Gegenstand der Bilanzanalyse ist nicht nur die Bilanz, sondern der (Konzern-)Jahresabschluss, bestehend aus → Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) und → Anhang, bei Kapitalgesellschaften auch dem Lagebericht. Der Konzernabschluss besteht zusätzlich aus einer Kapitalflussrechnung und einem Eigenkapitalspiegel. Er kann um eine Segmentberichterstattung erweitert werden. Kapitalmarktorientierte Mutterunternehmen haben einen Konzernabschluss nach den in der EU anerkannten IFRS aufzustellen (§ 315 a HGB). – 2. *Aufgaben:* bes. die Beurteilung der finanziellen und ertragsmäßigen Lage und Entwicklung in der Vergangenheit und für die Zukunft, da die → Liquidität und die Rentabilität bei auf Gewinnerzielung ausgerichteten Unternehmen Existenzvoraussetzungen sind (Zahlungsunfähigkeit ist bei allen Unternehmensformen Insolvenzgrund, die durch Verluste entstehende Überschuldung bei den Rechtsformen, bei denen die Haftung auf das eingelegte Kapital beschränkt ist). – 3. *Interessenten:* v.a. die bisherigen und potenziellen Eigen- und Fremdkapitalgeber, um Informationen über die Zweckmäßigkeit und Sicherheit ihrer Kapitalanlagen zu erlangen; die Arbeitnehmer wegen der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und den Möglichkeiten ihrer Einkommensentwicklung; der Staat zwecks Vorausschau über Steuereinnahmen und gesamtwirtschaftliche Entwicklungen.

II. Arten: 1. *Nach den Quellen* der zur Verfügung stehenden Daten: a) *Externe Bilanzanalyse:* Bilanzanalyse durch außen stehende Dritte; muss sich auf das veröffentlichte oder sonst zugängliche Material beschränken. Bei

Unternehmen, die bewusst öffentliche Meinungspflege (Public Relations (PR)) betreiben und deshalb ihre Jahresabschlüsse entsprechend gestalten und z.B. durch Pressinformationen ergänzen, bieten sich dem Bilanzkritiker gute Grundlagen, doch kann auch hier das Ausmaß der Legung bzw. Auflösung stiller Reserven (stille Rücklagen) nur in sehr beschränktem Maße erkannt werden. Dasselbe gilt für stille Verluste, die nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) wegen des Imparitätsprinzips zwar weitgehend ausgeschlossen sein sollten, erfahrungsgemäß jedoch das größte Problem einer Insolvenzprognose darstellen (Bilanzpolitik). – b) *Interne Bilanzanalyse*: Bilanzanalyse durch damit beauftragte Unternehmensangehörige oder betriebsfremde Vertrauenspersonen [Wirtschaftsprüfer (WP)]; ihnen stehen prinzipiell alle Unterlagen zur Verfügung, die für die Beurteilung der Jahresabschlussdaten von Bedeutung sein könnten. Dadurch gewinnt die interne Bilanzanalyse gegenüber der externen erheblich an Bedeutung für das rechtzeitige Erkennen positiver oder negativer Entwicklungen und damit für die Unternehmenssteuerung und -kontrolle. – 2. *Nach dem Objekt der Bilanzanalyse*: a) *formelle Bilanzanalyse*: bezieht sich auf die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. – b) *Materielle Bilanzanalyse*: bezieht sich auf die Bilanzierung dem Grunde (Aktivierungspflicht, Aktivierungswahlrecht, Passivierungspflicht, Passivierungswahlrecht) und der Höhe nach (Bewertung) sowie auf die Beurteilung der Zahlungsströme und ihrer Auswirkungen auf die Lage der Unternehmung. – 3. *Nach dem zeitlichen Umfang*: a) *einperiodige Bilanzanalyse*: beschränkt sich auf einen Jahresabschluss. – b) *Mehrperiodige Bilanzanalyse*: Die Entwicklung im Zeitablauf steht im Vordergrund. – 4. *Nach dem sachlichen Umfang*: a) *einbetriebliche Bilanzanalyse*, b) *zwischenbetriebliche Bilanzanalyse*: Beurteilung der Lage und Entwicklung der Unternehmung mithilfe

branchenspezifischer Vergleichsdaten (Betriebsvergleich).

III. Methoden und Aussagewert: Nach zweckentsprechender Bilanzaufbereitung: 1. *Analyse der Finanzlage*: a) Aus den Bilanzdaten werden *Kennzahlen* entwickelt: (1) *Horizontale Kennzahlen* stellen eine Beziehung zwischen Vermögens- und Kapitalpositionen her (z.B. Anlagendeckung durch langfristige Finanzierungsmittel, Liquiditätsgrade); damit kann beurteilt werden, wie weit der Grundsatz der Fristenentsprechung (goldene Bilanzregel) eingehalten wurde. (2) *Vertikale Kennzahlen* sollen Einblicke in die Vermögensstruktur (z.B. Anlagenintensität) und die Kapitalstruktur (z.B. Verschuldungskoeffizient, Eigenkapitalquote) sowie ihre Entwicklung bes. auch im Vergleich mit branchentypischen Relationen eröffnen. – *Beurteilung von Kennzahlen*: Feste Relationen als Normgrößen lassen sich nicht ableiten, da die Möglichkeiten der Finanzdisposition zu vielfältig und der Vermögensaufbau der Unternehmen selbst innerhalb einer Branche zu verschieden sind. Außerdem sind Kennzahlen überwiegend stark bewertungsabhängig (stille Rücklagen), von den Zufälligkeiten des Bilanzstichtags geprägt oder gestaltet (Window Dressing), sodass sie nur vergangenheitsorientierte Aussagen zulassen. Wichtige Veränderungen der Vermögens- und Kapitalstruktur können vertraglich bereits eingeleitet sein, ohne dass sie sich in den Bilanzen und damit den Kennzahlen schon niederschlagen. Die verbreitete Verwendung in der Praxis ist v.a. darin begründet, dass mithilfe der Kennzahlen schlaglichtartig wichtige Beziehungen verdichtet wiedergegeben werden und ihnen eine Signalfunktion zugesprochen wird: Krasse Abweichungen im Zeit- und zwischenbetrieblichen Vergleich gelten als Indikator für die Notwendigkeit weitergehender Analysen. Versuche, durch Ordnung und Auswahl der Kennzahlensysteme unter Einsatz der EDV und mathematisch-statistischer Verfahren deren Aussagewert zu steigern, können die Mängel des Ausgangsmaterials

kaum überwinden. – b) Bei *finanzwirtschaftlichen Bewegungsbilanzen* werden die Vermögens- und Kapitalveränderungen aus den Anfangs- und Schlussbilanzdaten einer Periode als Mittelverwendung und Mittelherkunft dargestellt. – *Beurteilung*: Die Einwendungen gegen Kennzahlen treffen auch hier zu. Darüber hinaus kann zu Fehlinterpretationen Anlass geben, dass rein buchmäßige Bewertungsänderungen fälschlicherweise als Mittelfluss erscheinen. – c) Die *Gewinn- und Verlustrechnung* ist als Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen nicht unmittelbar für die Liquiditätsanalyse, die mit Einnahmen und Ausgaben rechnet, geeignet. Es ist daher eine Trennung der einnahme- und ausgabewirksamen Erträge und Aufwendungen vorzunehmen. Der *Cashflow*, eine positive Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen, ist der Zahlungsmittelzufluss der Periode, den die Unternehmung erwirtschaftet hat und der ihr für Investitionen, Tilgungen und Entnahmen zur Verfügung stand. – *Beurteilung*: Der Cashflow ist zwar im Prinzip eine bewertungsunabhängige und damit bes. geeignete Kennzahl, doch bei externen Analysen nur in beschränktem Maße zu ermitteln. Durch geltendes Handelsrecht sind die Analysemöglichkeiten eingeschränkt, da in den Gewinn- und Verlustrechnungen von Kapitalgesellschaften wichtige ausgabe- und einnahmeunwirksame Beträge (wie z.B. die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen) und für die Beurteilung bedeutsame einmalige, d.h. nicht wiederholbare Einnahmen (z.B. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens) nicht gesondert auszuweisen sind. Dieses Informationsdefizit wird dadurch gemildert, dass der Konzernabschluss um eine Kapitalflussrechnung zu erweitern ist. – d) Bei der *externen* → Kapitalflussrechnung wird eine Rekonstruktion der Zahlungsströme aus den Daten der Anfangs- und Schlussbilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung vorgenommen, soweit dies die Aufgliederung des Jahresabschlusses zulässt. – *Beurteilung*: Da sie grundsätzlich

alle zur Verfügung stehenden Daten verwendet, ist dieses Instrument für eine Beurteilung der Finanzlage am ehesten geeignet. Jedoch gelten auch hier die für den Cashflow genannten Einschränkungen. – Vgl. auch Finanzanalyse. – 2. *Analyse der Ertragslage*: a) Benutzt wird v.a. die *Gewinn- und Verlustrechnung*, sofern nicht bei der internen Unternehmensanalyse auf die Daten der Kostenrechnung (Betriebsergebnis) zurückgegriffen werden kann. Zunächst muss versucht werden, das Unternehmensergebnis in seine Quellen aufzuspalten, v.a. alle einmaligen, nicht wiederholbaren, außerordentlichen und periodenfremden Aufwendungen und Erträge auszusondern, da für Beurteilung und Prognose der Ertragslage in erster Linie das betriebliche, ordentliche, periodeneigene Ergebnis von Bedeutung ist. Wie weit dies gelingen kann, ist abhängig von der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung. Die nach dem § 275 HGB für Kapitalgesellschaften vorgesehene Gliederung lässt zwar eine Aufspaltung des Unternehmungsergebnisses in ein außerordentliches, ein Finanz- und betriebliches Ergebnis zu, doch enthält v.a. Letzteres im betriebswirtschaftlichen Sinn betriebsfremde, außerordentliche und periodenfremde Elemente, von denen nur wenige eliminiert werden können (z.B. Erträge aus Zuschreibungen aufgrund des Anlagegitters). V.a. das Ausmaß der Legung und Auflösung stiller Reserven, das nur in einigen Fällen durch Angabepflichten im Anhang erkennbar wird, erschwert eine Beurteilung der Ertragslage. – b) *Kennzahlen*: Neben der Untersuchung der Aufwands- und Ertragsstruktur zum Zweck der Analyse von Ursachen für Ertragsverschiebungen dienen als Maßstab im Zeit- und zwischenbetrieblichen Vergleich bes. die Kennzahlen der Rentabilität, indem das jeweilige Ergebnis zu den (ebenfalls bewertungsabhängigen) Größen Gesamt- und Eigenkapital oder als Umsatzrentabilität zu den Umsatzerlösen in Beziehung gesetzt wird.

Bilanz der laufenden Übertragungen
→ Zahlungsbilanz. Teil der → Leistungsbilanz,

in dem die regelmäßig wiederkehrenden einseitigen Übertragungen zwischen Inländern und Ausländern erfasst werden.

Bilanzrichtlinien-Gesetz (BiRiLiG) – Gesetz vom 19.12.1985 (BGBl. I 2355), mit dem in der Bundesrepublik Deutschland die Vierte EG-Richtlinie (Einzelabschluss-Richtlinie), die → Siebte EG-Richtlinie (Konzern-Richtlinie) und die → Achte EG-Richtlinie (Prüfer-Richtlinie) in innerstaatliches Recht umgesetzt wurden. Das Bilanzrichtlinien-Gesetz (BiRiLiG) ist ein 13 Artikel umfassendes Änderungsgesetz, dessen wesentlicher Inhalt v.a. in das HGB eingegangen ist. – *Erstmalige Anwendung* der Vorschriften über die Aufstellung und Offenlegung des Einzelabschlusses auf das nach dem 31.12.1986 und der Vorschriften über den Konzernabschluss auf das nach dem 31.12.1989 beginnende Geschäftsjahr.

Bilanzschema – Vorschrift (teils gesetzlich, teils durch freiwillige Übernahme) für inhaltliche Abgrenzung und Gliederung einzelner Postengruppen und Positionen in der → Bilanz. Für Kapitalgesellschaften ausführliches Bilanzschema in § 266 HGB, aufgrund dessen die Aufstellung der Handelsbilanzen erfolgt (Bilanzgliederung). Dieses Bilanzschema hat Bedeutung auch für andere Gesellschaftsformen (zumindest für größere Unternehmen, vgl. → Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz) als Vorbild für eine ordnungsgemäße Bilanzierung. – Auch die Kontenrahmen der einzelnen Wirtschaftszweige enthalten vielfach Musterbeispiele für Bilanzschemata. – *Spezielle* Bilanzschemata gelten für Unternehmen bestimmter Branchen (vgl. Bilanzgliederung). – *Im Ausland* sind z.T. ähnliche Bilanzschemata entwickelt worden, so z.B. in der Schweiz, Österreich, EU-Ländern (Vierte EG-Richtlinie).

bilaterale Hilfe → Entwicklungshilfe, die ein Geberland einem Empfängerland gewährt.

bilateraler Handel – Handel zwischen zwei Volkswirtschaften; → Bilateralismus.

bilateraler Vertrag – Vertrag zwischen zwei Staaten zur Regelung bestimmter Rechtsfragen des Außenhandels, z.B. Abschluss eines → Präferenzabkommens oder eines regionalen Handelsabkommens (→ Bilateralismus).

Bilateralismus – System zweiseitiger (bilateraler) → Handelsabkommen und → Zahlungsabkommen im internationalen Wirtschaftsverkehr. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs Abbau des Bilateralismus, vorwiegend in der westlichen Welt (→ GATT bzw. → World Trade Organization (WTO), → IWF) zugunsten von → Multilateralismus. Eine neue Tendenz der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist die Stärkung des → Regionalismus, also die regionale Integration, die auch von der WTO unterstützt wird (Art. XXIV GATT). Aufgrund der Stagnation der WTO (Doha-Runde) kommt dem Bilateralismus (v.a. in Asien und Ozeanien) eine weiterhin große Bedeutung zu, es kommt daher zu einer *Renaissance des Bilateralismus*.

Binnenmarkt – 1. *Allgemein*: Bezeichnung für einen internen Markt mit freiem Waren- und Dienstleistungsverkehr, mit freiem → Kapitalverkehr sowie → Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Niederlassungsfreiheit der Selbstständigen (→ Wirtschaftsgebiet). – 2. *Außenwirtschaft*: Von der → EU verwendeter Begriff zur Kennzeichnung des gemeinsamen Marktes der EU (Integrationstheorie).

Binnenwanderung – 1. *Entwicklungspolitik*: Form der → Migration. – *Kennzeichen*: Im Sinn der Landflucht die rasche Abwanderung von Teilen der ländlichen Bevölkerung in Städte, was eine übersteigerte Urbanisierung bewirkt. Die Migranten versprechen sich selbst in der urbanen Marginalität Verbesserungen gegenüber den Verhältnissen auf dem Lande: Fehlender Besitz an Boden und Wasser, niedrige Produktivität, Arbeitslosigkeit, Vernachlässigung des Agrarsektors. Agrarreformen und → integrierte ländliche Entwicklung versuchen eine ursachenadäquate Bekämpfung. Analytisch

wurde die Binnenwanderung durch das → Todaro-Modell modelliert.

II. Amtliche Statistik: Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge) über die Grenzen der Bundesländer innerhalb Deutschlands. Zu beachten ist die Unterscheidung der Binnenwanderung von zeitlich begrenzter Verlegung des Wohnsitzes bei Saisonwanderung und von Errichtung eines zweiten Wohnsitzes bei vorübergehender am fremden Ort ausgeübter Berufstätigkeit sowie von Pendelwanderung.

Binnenzoll – 1. Von Städten, Herzogtümern und anderen Kleinstaaten bis Mitte des 19. Jh. bei Übergang von Waren über innerdeutsche Grenzen erhobener → Finanzausgleich; hemmte den natürlichen Güteraustausch. In vielen Teilen Deutschlands beseitigt durch den Deutschen Zollverein ab 1834, dem bis 1888 insgesamt 39 Staaten beitraten. – 2. Innerhalb der → EWG wurden die zwischen den Mitgliedsstaaten geltenden Zölle zwischen 1958 und 1968 schrittweise abgeschafft, wodurch 1968 der → Gemeinsame Zolltarif der Europäischen Gemeinschaften (GZT) geschaffen wurde. – 3. → Zoll, der während der Übergangsphase bei der Errichtung einer → Zollunion oder → Freihandelszone auf Erzeugnisse der Partnerländer erhoben wird.

BIS – Abk. für *Bank for International Settlement*. – Vgl. auch → BIZ.

BIZ – 1. *Begriff und Merkmale:* *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Bank for International Settlement (BIS)*; am 17.5.1930 zur Abwicklung deutscher Reparationszahlungen im Rahmen des Young-Planes gegründetes zwischenstaatliches Institut mit Sitz in Basel mit der *Rechtsform* der AG. – 2. *Ziele und Aufgaben:* Förderung der Zusammenarbeit der Notenbanken, Erleichterung internationaler Finanzoperationen, Übernahme von Treuhandschaften oder Bevollmächtigungen bei internationalen Finanzabkommen, Zentrum für Währungs- und Wirtschaftsforschung. Als Agentin der → OEEC führte sie die Verrechnungen der Forderungen und Verpflichtungen und

den Ausgleich der Salden in Gold oder Dollar innerhalb der Europäischen Zahlungsunion (EZU; OEEC) durch. In letzter Zeit hat die BIZ als Forum für den Erfahrungsaustausch nationaler Zentralbanken einen wichtigen Beitrag zur Reform des internationalen Finanzsystems geleistet. Als Teil der → Neuen Weltfinanzarchitektur wurde an der BIZ das → Forum für Finanzmarktstabilität (FSF) eingerichtet. Der Baseler Ausschuss dient insbesondere der Weiterentwicklung der Bankenaufsicht. – 3. Die *Geschäftsführung* obliegt dem Verwaltungsrat, der aus den Zentralbankpräsidenten verschiedener Staaten besteht. – 4. *Bedeutung:* Die BIZ gilt als Zentralbank der Zentralbanken. Sie bietet Zentralbanken ein breites Spektrum an speziellen Finanzdienstleistungen zur Verwaltung ihrer Devisenreserven. Aufgrund zunehmender Interdependenz der internationalen Finanzmärkte wird die BIZ als informelles Kooperations- und Koordinationsgremium von den beteiligten Zentralbanken genutzt. Zur Stabilisierung internationaler Finanzmärkte wurden vom Committee on Banking Supervision and Regulatory Practices mit dem Baseler Konkordat und dem Baseler Akkord Abkommen ausgearbeitet. Entsprechend dem Baseler Konkordat überwachen die Zentralbanken die Geschäftstätigkeit der Banken ihres Zuständigkeitsbereichs, wobei eine gegenseitige Informationspflicht besteht. Der Baseler Akkord standardisiert die Mindestkapitalausstattung international tätiger Banken der G 10. Ende 2010 veröffentlichte der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht neue Regelungen zur Eigenkapitalunterlegung von Bankgeschäften, die unter dem Begriff „*Basel III*“ Gegenstand zahlreicher Diskussion sind und insbesondere unter den Eindrücken der Finanzmarktkrise 2007 bis 2009 entstanden sind. – *Veröffentlichungen:* Annual Reports (dt., engl., franz., ital.), wissenschaftliche Working Paper und Fachaufsätze sowie allg. Wirtschaftsanalysen.

Black List Certificate – Bei Exporten nach Nahost ist teilweise ein Black List Certificate

erforderlich, das oft vom Konsulat des Importlandes im Exportland beglaubigt werden muss und z.B. bescheinigt, dass das benutzte Schiff ein bestimmtes Alter nicht überschreitet (Sicherheitsaspekt) und die kontrahierte Reederei oder Versicherung nicht zu den Firmen zählen, die wegen ihrer Beziehungen zu Israel auf der „schwarzen Boykottliste“ (Black List) der Arabischen Liga stehen.

Blockade – militärische Maßnahme, die z.B. ein (prinzipiell ziviles) → Embargo durchsetzen oder unterstützen soll.

Bo'ao-Asien-Forum – Boao Forum for Asia, Abk. BFA; nicht staatliche, nicht gewinnorientierte, offene internationale Jahreskonferenz für Regierungschefs, Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftler zur Verbesserung der innerasiatischen aber auch globalen Wirtschaftsbeziehungen. Gründung des BFA war am 21.2.2001. Seit 2002 findet das Forum in Bo'ao (China) statt.

Botschaft – Auslandsvertretung.

Brady-Initiative – Vorschlag des US-Finanzministers N. Brady vom April 1989 zur Lösung der internationalen Verschuldungskrise nach dem Scheitern des → Baker-Plans. – Die Brady-Initiative sah einen substanziellen Abbau der Altschulden bzw. des Schuldendienstes vor. Die Beteiligten konnten aus *drei Alternativen* wählen: Rückkauf von Schuldtiteln (→ Debt-Conversion-Programm), Tausch von Schuldtiteln gegen Beteiligungskapital (Debt Equity Swap) oder Tausch gegen Schuldtitel mit niedrigeren Zinsen oder längeren Laufzeiten (Debt Bond Swap). – *Bedingung für Umschuldungen* nach der Brady-Initiative war ein → Strukturanpassungsprogramm (SAP) des Schuldnerlandes. In den 1980er-Jahren wurde die Brady-Initiative durch die umfassendere → HIPC-Initiative abgelöst.

Braindrain – 1. *Begriff*: Emigration von Arbeitskräften, die dem Abwanderungsland Kenntnisse und Fertigkeiten, d.h. in den Menschen inkorporiertes Humankapital, entzieht. Bes. in Ländern der Dritten Welt wird

der Braindrain als entwicklungsbeeinträchtigender Faktor angesehen (→ Kontereffekt). – 2. *Ursachen* sind exogene Faktoren (z.B. bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung in den Industrieländern) und endogene Faktoren (z.B. den Opportunitätskosten nicht entsprechende Entlohnung, politische Instabilität, Diskriminierung und Unterdrückung bis hin zur Verfolgung Intellektueller). – 3. *Wirkungen* für das Abwanderungsland: a) mögliche *negative Wirkungen* u.a.: (1) Rückgang der Produktivität der verbliebenen Arbeitskräfte und sonstigen Produktionsfaktoren aufgrund gestärkter komplementärer Beziehungen; (2) Entfallen externer Erträge, die von den Emigranten erzeugt und mit der Entlohnung nicht abgegolten wurden; (3) Entfallen eventueller bisher von den Emigranten geleisteter Transferzahlungen zugunsten von Inländern; (4) nicht abgegoltene, vom Abwanderungsland getragene Ausbildungskosten, deren Erträge dem Zuwanderungsland zufallen. – b) Mögliche *positive Wirkungen* u.a.: (1) Teilhabe des Heimatlandes an von dem Abgewanderten im Ausland erzielten Forschungsergebnissen (Tropenmedizin, Agrarforschung u.a.); (2) bei temporärer Abwanderung unentgeltlicher Zustrom von Humankapital bei der Rückkehr ins Heimatland durch zusätzliche Qualifikation im Ausland; (3) im Fall der „Produktion“ von Akademikerüberschüssen (wie in einigen Entwicklungsländern) Entlastung des Arbeitsmarktes, politische Stabilisierung und u.U. auch Entlastung des Staatshaushalts (z.B. wenn durch die Abwanderung überschüssige Arbeitskräfte aus dem öffentlichen Sektor abgezogen werden).

Brandt-Kommission – nach ihrem Vorsitzenden W. Brandt benannte *Unabhängige Kommission für internationale Entwicklungsfragen*, die 1977 auf Vorschlag des damaligen Weltbankpräsidenten R. McNamara ins Leben gerufen wurde. Sie bestand aus sieben Mitgliedern der Industrie- und zehn Mitgliedern der Entwicklungsländer. – Ihr *Auftrag* lag in der Ausarbeitung von Vorschlägen

zur beschleunigten Entwicklung der Dritten Welt. Der erste Bericht (Das Überleben sichern; 1980) gab Anregungen zur Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Der zweite Bericht (Hilfe in der Weltkrise; 1982) beschäftigte sich mit der → Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer.

Bretton-Woods-Abkommen – am 23.7.1944 in Bretton Woods (New Hampshire, USA) von 44 Ländern geschlossene Verträge über die Errichtung des Weltwährungsfonds (Internationaler Währungsfonds, → IWF) und der Weltbank (International Bank for Reconstruction and Development, → IBRD), 1946 in Kraft getreten. Die UdSSR hatte die Verträge unterzeichnet, aber nicht ratifiziert; die Bundesrepublik Deutschland trat ihnen am 14.8.1952 bei. – *Ziele*: Umfassende Neuordnung der → Weltwirtschaft nach dem aus der Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg folgenden handelspolitischen Chaos durch Ordnung und Stabilisierung des internationalen Zahlungsverkehrs und Aufbau eines neuen Weltwährungssystems zusammen mit der Havanna-Charta und in enger Zusammenarbeit mit den Sonderorganisationen der UN. – *Hauptelemente* dieses Weltwährungssystems: → feste Wechselkurse, autonome Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer sowie das Bestreben um Verwirklichung der vollen → Konvertibilität. – *Entwicklung*: Bis etwa 1973 (Übergang zu → flexiblen Wechselkursen durch wichtige Welthandelsländer) konnten die internationalen monetären Beziehungen nach dem Bretton-Woods-Abkommen abgewickelt werden. Danach weit gehende Modifizierung dieses Abkommens in Novellierungen (amendments). Die Aufgabe wesentlicher Elemente des Bretton-Woods-Abkommens, v.a. des Systems fester Wechselkurse, wird zurückgeführt auf die damalige Schwäche des Dollars als Leitwährung, die Aufkündigung der Bereitschaft der USA, den Dollar jederzeit in Gold umzutauschen, sowie fundamentale

Zahlungsbilanzungleichgewichte wichtiger Handelsnationen.

Bretton-Woods-System → Gold-Devisen-Standard. 1. *Begriff*: → Internationales Währungssystem nach dem Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 1970er-Jahre. Benannt nach einem am 27.7.1944 in der Stadt Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire unterzeichneten internationalen Abkommen, welches eine *umfassende Neuordnung der Weltwirtschaft* nach dem Zweiten Weltkrieg anstrebte. Zu verstehen als Reaktion auf die durch Abwertungswettläufe und → Protektionismus gekennzeichnete Periode zwischen dem ersten und dem Zweiten Weltkrieg. – *Ziel* war eine reibungslose und von Handelsbarrieren befreite Abwicklung des Welthandels unter engen Schwankungsbändern der Wechselkurse (→ Zielzonen-System). Konzipiert nach dem → Gold-Devisen Standard mit dem US-Dollar als → Leitwährung. – *Kernbestandteile* des in Bretton Woods vereinbarten Währungssystems waren: (1) Festlegung einer Parität von (damals) 35 US-Dollar pro Unze Gold und (2) Verpflichtung der USA zum An- und Verkauf von Dollar zu diesem Preis, (3) Festlegung der → Wechselkurse (Paritäten) der übrigen Währungen gegenüber dem US-Dollar, (4) Verpflichtungen der Notenbanken dieser übrigen Währungen, die Wechselkurse innerhalb einer Bandbreite von ein Prozent um diese Paritäten zu stabilisieren, (5) die Möglichkeit der Veränderung der Paritäten im Fall von fundamentalen Zahlungsbilanzproblemen einzelner Länder (→ Realignments) und schließlich (6) die Errichtung des internationalen Währungsfonds (→ IWF) zur internationalen Kreditgewährung bei vorübergehenden Zahlungsbilanzproblemen. Neben der Installation dieses Währungssystems wurde in Bretton Woods auch die *Errichtung der Weltbank* (→ IBRD) zum Zwecke der Entwicklungsländerfinanzierung beschlossen. Ergänzt wurde das Bretton-Woods-Abkommen durch die 1948 unterzeichnete *Havanna-Charta*, die die multilaterale → Handelsliberalisierung anstrebte

und aus der das → GATT hervorging. – 2. *Probleme:* Das Bretton-Woods-Währungssystem brach in den 1970er-Jahren zusammen, und zwar im Wesentlichen aufgrund zweier Konstruktionsfehler. *Erstens* aufgrund des *Redundanzproblems*, manchmal auch das *Problem des n-ten Landes* genannt. Damit ist gemeint, dass es bei n Währungen nur n-1 voneinander unabhängige Wechselkurse, und auch nur n-1 voneinander unabhängige → Zahlungsbilanzen gibt. Wenn n-1 Länder die vorgesehenen Paritäten verteidigen und auf diese Weise ihre geldpolitische Souveränität aufgeben, so ist das n-te Land (das Leitwährungsland, in diesem Fall die USA) bei der Wahl seiner Geldpolitik von außenwirtschaftlichen Restriktionen befreit. Seine Politik hat aber gravierende Rückwirkungen auf alle anderen Länder, es beeinflusst dadurch nämlich die Entwicklung der nominalen Preise (die Inflationsraten) aller anderen Länder. Die nominelle Verankerung des Gesamtsystems durch die Gold-Dollar Parität funktionierte nur sehr begrenzt. Die USA verfolgten gegen Ende der 1960er-Jahre - u.a. bedingt durch den Vietnam Krieg - eine inflationäre Politik (Grund: öffentliche Haushaltsdefizite, expansive Geldpolitik) und waren nur sehr beschränkt zur Goldkonvertibilität des US-Dollar bereit. Die anderen Länder aber waren umgekehrt nicht mehr bereit, die so entstandene Inflationsrate der USA zu akzeptieren, wozu das Festkurssystem sie gezwungen hätte. *Das zweite Problem* war die *zögerliche Anpassung der Paritäten* auf Veränderungen fundamentaler wirtschaftlicher Einflussfaktoren in den einzelnen Ländern (u.a. Goldunter- bzw. Dollarüberdeckung), die dem System keine Glaubwürdigkeit verleihen konnten. Als Resultat entstanden *destabilisierende Spekulationen*, und nach einigen Versuchen, das System mit Veränderungen der Paritäten (→ Realignment) und/oder erweiterten Bandbreiten zu retten, kam Anfang der 1970er-Jahre der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems. – Vgl. auch → Wechselkurspolitik.

BRIC-Staaten – eine 2003 vom Goldman-Sachs-Chefvolkswirt O'Neill geschaffene und heute übliche Bezeichnung von vier wichtigen → Schwellenländern. BRIC steht hierbei für die Anfangsbuchstaben der Länder Brasilien, Russland, Indien und China.

Briefkastengesellschaft – Basisgesellschaft.

Brückenklausel – 1. Brückenklauseln, auch Passerelle-Klauseln genannt, sind Regelungen, die es erlauben, dass in Fällen, in denen eine Vorschrift Einstimmigkeit verlangt, durch eine in der Vorschrift vorgesehene Ausnahmeregelung in der Weise abgewichen werden kann, dass ein niedrigeres Quorum (z.B. 2/3-Mehrheit) für die Beschlussfassung ausreichen soll. – 2. a) So sieht etwa Art. 48 Abs. 7 EUV als allgemeine Brückenklausel für alle europäischen Politikbereiche vor, dass in Fällen, in denen der Rat nach Maßgabe des AEUV oder des Titels V des EUV in einem bestimmten Bereich oder in einem bestimmten Fall einstimmig beschließt, der Europäische Rat einen Beschluss erlassen kann, wonach der Rat (Ministerrat) in diesem Bereich oder Fall mit qualifizierter Mehrheit beschließen kann. Einem solchen Beschlussvorschlag darf der deutsche Vertreter im Europäischen Rat nur zustimmen oder sich enthalten, nachdem hierzu ein Gesetz gemäß Art. 23 Abs. 1 GG in Kraft getreten ist. Ohne ein solches Gesetz muss er ablehnen (§ 4 des Integrationsverantwortungsgesetzes (IntVG) vom 22.9.2009 (BGBl. I S. 3022)). Diese Regelung gewährleistet, dass Vertragsänderungen, die durch Brückenklauseln erreicht werden könnten, dem Entscheidungsbereich des deutschen Parlaments nicht entzogen werden können, sondern seinem Zustimmungsvorbehalt unterliegen. Dies gilt auch im Falle des Art. 81 Abs. 3 AEUV. – b) Neben der allgemeinen Brückenklausel und Art. 81 AEUV gibt es fünf weitere besondere Brückenklauseln, die keinen Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages verlangen, wohl aber einen einen einfachen Parlamentsbeschluss nach den §§ 5 und 6 IntVG, ggf. mit einem

Beschluss des Bundesrates, wenn Rechte der Länder betroffen sind (§ 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 2 IntVG). Dies betrifft die besonderen Brückenklauseln in Art.153, 192, 312,333 AEUV und Art. 31 EUV.

Brundtland-Bericht – 1. *Begriff und Merkmale*: Im Herbst 1983 wurde von der UNO-Vollversammlung die World Commission on Environment and Development unter Vorsitz der Norwegerin G.H. Brundtland gebildet. Im April 1987 wurde ihr Bericht „Our Common Future“ vorgelegt. – 2. *Ziele*: Der Bericht zielt auf einen globalen Bewusstseinswandel ab und legte den Schwerpunkt auf die Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz, wobei „sustainable development“ als möglicher Kompromiss der Interessen von Entwicklungsländern und Industrieländern dargestellt wurde.

Brutto-Cashflow → Cashflow Return on Investment (CFROI).

Bruttoinvestitionsbasis (BIB) → Cashflow Return on Investment (CFROI).

Buchwertmethode → Purchase-Methode.

Buffer Stock – Marktausgleichslager für Rohstoffe, die dazu dienen sollen, Rohstoffpreise zu stabilisieren, indem Angebots- und Nachfragemengen von der Buffer Stock-Verwaltung durch Käufe oder Verkäufe entsprechend dem Stabilisierungsziel beeinflusst werden. Entwicklungsländer haben ihre Einrichtung im Rahmen der Verhandlungen über eine → Neue Weltwirtschaftsordnung gefordert, wobei die Industrieländer die Finanzierung zu sichern hätten. – Industrieländer haben Buffer Stocks weitgehend abgelehnt. Die *bisherigen Erfahrungen* mit Buffer Stocks sind nicht ermutigend. Buffer Stocks wirken strukturkonservierend, verursachen Fehlallokationen und können u.U. Exporterlösschwankungen verstärken. – *Alternative*: Exporterlöse könnten auch durch eine kompensierende Finanzierung stabilisiert werden.

Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) – *Zweck*: informierte als Servicestelle

des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die aktuelle Situation auf ausländischen Märkten. Sie war entstanden aus der Bundesstelle für Außenhandelsinformation und unterstützte in deren Nachfolge seit 1951 dt. Unternehmen auf dem Weg ins Auslandsgeschäft. Die Zentrale war in Köln. – Wurde zum 1.1.2009 mit der Invest in Germany GmbH fusioniert zur Germany Trade and Invest.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) – Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV); bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts; Sitz in Bonn. Zum 1.1.1995 errichtet durch das Gesetz vom 2.8.1994 (BGBl. I 2018) durch Zusammenlegung der ehemaligen Bundesanstalt für Landwirtschaftliche Marktordnung (BALM) und des ehemaligen Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft (BEF). – 1. *Aufgaben*: Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung ist → Marktordnungsstelle für die in der EU bestehenden seit 2007 gemeinsamen Organisationen für die Agrarmärkte (Getreide, Reis, Zucker, Trockenfutter, Saatgut, Hopfen, Olivenöl und Tafeloliven, Flachs und Hanf, Obst und Gemüse, verarbeitetes Obst und Gemüse, Bananen, Wein, lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels, Rind-, Schweine- Schaf- und Ziegenfleisch, Milch und Milcherzeugnisse, Eier, Geflügelfleisch sowie sonstige Erzeugnisse). Als Marktordnungsstelle ist sie bes. bei der Intervention von Waren, bei der privaten Lagerhaltung und bei Beihilfemaßnahmen tätig. Zur Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik nimmt die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Kassenkredite auf, auch soweit sie für die Durchführung der Maßnahmen selbst nicht zuständig ist. Aufgrund des Ernährungssicherungsgesetzes und des Ernährungsvorsorgegesetzes wird die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung bei der zentralen Planung und Feststellung von Erzeugung, Beständen

und Verbrauch tätig. Im Rahmen einer allg. Vorratshaltung sowie der Zivilen Notfallreserve werden Vorräte an Ernährungsgütern und Futtermitteln beschafft, verwaltet und verwertet. – 2. *Lizenzen*: Als Genehmigungsstelle für den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr mit Erzeugnissen der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft erteilt die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen sowie -genehmigungen. – 3. *Sonstiges*: Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung überwacht Embargomaßnahmen und die Einhaltung von Kontingentregelungen. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung erhebt Abgaben nach dem Holzabsatzfondsgesetz. Darüber hinaus wird der Klärschlamm-Entschädigungsfonds verwaltet. Sie überwacht die Seefischerei

außerhalb der Küstengewässer und die Einhaltung der von ihr verwalteten Fischfangquoten; nach § 3 des Seefischereigesetzes erteilt sie Fangerlaubnisse an die dt. Fischereiflotte. Die Fischereischutzboote und Fischereiforschungsschiffe des Bundes werden durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung bereedert.

Bundesstelle für Außenhandelsinformation → Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai); fusionierte 2009 mit der der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen (GfAI) und Invest in Germany zur Germany Trade and Invest – Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI).

Buy-Back-Geschäft → Kompensationshandel.

Kompakt-Lexikon Internationale Wirtschaft
2.000 Begriffe nachschlagen, verstehen, anwenden
Springer Fachmedien Wiesbaden (Hrsg.)
2013, XI, 459 S., Softcover
ISBN: 978-3-658-03038-4